Klimapolitik: Diesmal wirklich am Scheideweg?

Ein Blick zurück nach vorn

Reinhard Loske

„There is no Planet B". Mit diesem Slogan macht seit gut einem Jahr die weltweit aktive „Fridays for Future"-Bewegung um die schwedische Schülerin Greta Thunberg auf die Dramatik der globalen Erderwärmung aufmerksam. Sieht man einmal von Rechtspopulisten und Autokraten ab, reagiert die Politik in vielen Ländern überwiegend wohlwollend auf diesen jugendlichen Sturm und Drang, dem sich von „Scientists for Future" über „Parents for Future" bis „Entrepreneurs for Future" mittlerweile viele angeschlossen haben. Sie sei froh, gab erst kürzlich die Bundeskanzlerin und Physikerin Angela Merkel zu Protokoll, dass sich die Klimabewegung hinter der Fahne der Wissenschaft versammle.

Gerade weil sie das tun, lassen sich die Aktivistinnen und Aktivisten aber nicht mehr durch hehre Worte einlullen, sondern verlangen eine konkrete Politik, die auf Augenhöhe mit der Größe der Herausforderung agiert. Die Bundeskanzlerin und ihr Klimakabinett durften die unbestechliche Konsequenz der Klimabewegung just an dem Tag kennenlernen, an dem mit großen Worten das sogenannte Klimapaket vorgelegt wurde, am 20. September 2019. Dieses Paket, so das fast einhellige Urteil von Klimaforschung und Klimabewegung, sei in keiner Weise geeignet, den menschgemachten Klimawandel in tolerablen Grenzen zu halten. Es sei im Gegenteil ein Dokument der Verzagtheit, der Halbherzigkeit und der Konfliktscheu.

Es darf bezweifelt werden, dass die Bundesregierung und die Regierungen anderer Staaten mit einer Mischung aus großen Worten und kleinen Taten, aus Pathos und technokratischer Kleinteiligkeit bei ihren jüngeren Bürgerinnen und Bürgern durchkommen. Wer verstehen will, warum das ängstliche Festhalten an einer nur leicht modifizierten Strategie des „Weiter wie bisher" definitiv nicht zu einer Einhegung der Klimakrise führt, sollte sich dabei die vergangenen drei, besser fünf Dekaden anschauen. Bevor in diesem Beitrag der Blick nach vorn gerichtet wird, soll daher der Blick zu-

Reinhard Loske
ist Präsident der Cusanus Hochschule in Bernkastel-Kues und dort auch Professor für Nachhaltigkeit und Gesellschaftsgestaltung. Er hat sich seit Ende der 80er Jahre als Wissenschaftler, Politikberater, Bundestagsabgeordneter und bremischer Senator intensiv mit Fragen der Klimapolitik befasst.

Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) 68. Jahrg., Heft 4/2019, S. 469-478 www.budrich-journals.de
https://doi.org/10.3224/gwp.v68i4.03

rückgerichtet werden. Beginnen wir also mit einer kurzen Geschichte der Klimapolitik.

Messungen auf dem Mauna Loa und das 1950er-Syndrom

Die 50er und frühen 60er Jahre waren für das heraufziehende Klimaproblem eine Zäsur, weil der Einsatz der fossilen Energieträger Kohle, Öl und Gas durch immer neue Erschließungen und starke Nachfrage weltweit regelrecht explodierte. Lag der globale CO_2-Ausstoß 1950 noch bei weniger als 6 Mrd. Tonnen pro Jahr, so stieg dieser bis 1965 auf fast 12 Mrd. t/a, verdoppelte sich also innerhalb weniger Jahre.

Die atmosphärische CO_2-Konzentration, mit deren Messung 1958 auf dem Mauna Loa auf Hawai begonnen wurde , lag 1965 bei 320 parts per Million (ppm) und damit um 40 ppm über dem durch Eiskernbohrungen rekonstruierten Niveau von 1850 (280 ppm).

Der Schweizer Umwelthistoriker Christian Pfister nennt den energetischen Niveauverschiebungseffekt im Zeitraum von 1949 bis 1966 das „1950er-Syndrom" und meint damit vor allem die Tatsache, dass Europas Staaten – wie zuvor schon die Vereinigten Staaten von Amerika – nun gänzlich zu Konsumgesellschaften mit einem enorm schweren ökologischen Rucksack wurden.[1]

Um diese absolute Priorität des Wirtschaftswachstums nicht zu gefährden, plakatierte etwa Konrad Adenauers CDU bei der Bundestagswahl 1957 den berühmten Slogan: „Keine Experimente!" – und gewann damit die absolute Mehrheit. Man darf es getrost als Ironie der Geschichte bezeichnen, dass just in dieser Dekade in Wahrheit und im Weltmaßstab mit dem „größten geophysikalischen Experiment aller Zeiten" (James E. Hansen) begonnen wurde, der Verbrennung fossiler Energieträger in nie dagewesenem Ausmaß und historisch beispielloser Geschwindigkeit mit unabsehbaren Folgen. Zu Recht hat der Wissenschaftshistoriker Ernst-Peter Fischer die 50er Jahre deshalb als „Epochenschwelle" im Umgang des Menschen mit der Natur bezeichnet.

Dass das zunehmende Wissen um den Anstieg der atmosphärischen CO_2-Konzentration – 1970 lag der Wert bei gut 330 ppm, 1979 bei fast 340 ppm – in den 70er Jahren nennenswerte klimapolitische Aktivitäten ausgelöst hätte, lässt sich weltweit nirgends zeigen. In den meisten Staaten der Welt und in der internationalen Politik spielte das Thema in diesem Zeitraum praktisch keine Rolle.

Auch die großen Umweltstudien der 70er Jahre, etwa der Bericht „Die Grenzen des Wachstums" an den Club of Rome (1972), richteten den Fokus eher auf die Fragen der Ressourcenendlichkeit, der Umweltverschmutzung, der Naturzerstörung und des Bevölkerungswachstums, weniger auf den menschgemachten Klimawandel. Und von Seiten der sogenannten Entwicklungsländer wurde nun auch zunehmend das Argument der mangelhaften Nord-Süd-Gerechtigkeit in die globale Umweltdebatte eingeführt, etwa auf der ersten UN-Umweltkonferenz 1972 in Stockholm. Es könne ja wohl nicht sein, so etwa die damalige indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi, dass ausgerechnet die ressourcenverschlingenden Industrieländer den Entwicklungsländern nun vorschreiben wollten, wie diese sich zum Wohle der globalen Umwelt wachstumsmoderat zu verhalten hätten.

Die fossil angetriebene Wachstumsfixierung speiste sich global nun aus drei Quellen: Während die westlichen Industriestaaten den ressourcenintensiven „American (European) way of life" auf keinen Fall zur Disposition stellen wollten und die Staaten des (damals noch existierenden) „Ostblocks" auf „Überholen des Westens durch krisenfreies Wachstum" setzten, wurde Entwicklung in der Südhemisphäre nun ebenfalls fast ausschließlich als Wachstumspolitik begriffen. Die globalen Emissionen von CO_2 stiegen weiter: 1970 lagen sie bei rd. 15 Mrd t/a, 1979 bei fast 20 Mrd. t/a.[2] Klimaschutz spielte faktisch nirgends eine Rolle, was zählte, war Wachstum, sonst fast nichts.

Die 1980er Jahre: Die Übersetzung von Klimaforschung in Klimapolitik

Erst in den 80er Jahren änderte sich das Bild allmählich und die Welten von Wissenschaft und Politik begannen langsam, sich zu verschränken. Es begann die Dekade der Übersetzung von klimawis-

senschaftlichen Erkenntnissen in klimapolitische Forderungen: 1987 präsentierte die mit Politikern und Wissenschaftlern besetzte „Brundtland-Kommission" ihren Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft", 1988 wurde der Weltklimarat (IPCC)[3] ins Leben gerufen, der NASA-Wissenschaftler und weltweit führende Klimaforscher James E. Hansen stellte bei einer Anhörung im US-Senat fest, dass der Klimawandel mit „99%iger Sicherheit" menschgemacht sei.

Das Thema hatte nun die internationale Tagesordnung erreicht und gewann in den Folgejahren und im Vorlauf auf die für 1992 geplante UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro an Fahrt. In der Konzentration und den Emissionen von CO_2 machten sich die Aktivitäten der 80er Jahre allerdings nicht bemerkbar: 1989 lag die CO_2-Konzentration bereits bei 353 ppm, die globalen CO_2-Emissionen waren auf gut 21,5 Mrd. t/a gestiegen, lagen also nun beim Dreieinhalbfachen des Wertes von 1950.

In Deutschland nahm 1988 die Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" des Deutschen Bundestages ihre Arbeit auf, die je hälftig mit Abgeordneten und Wissenschaftlern besetzt war. Die Kommission arbeitete kooperativ. Der Kommissionsvorsitzende Bernd Schmidbauer (Union), der versierte Umweltpolitiker Michael Müller (SPD) und der Forstexperte Wilhelm Knabe (Grüne) bildeten ein Trio der tendenziell Gleichgesinnten. Sie stellten nicht das Trennende (die Atomkraft) in den Vordergrund, sondern das Verbindende: das Verbot von FCKW, den Schutz der Wälder, die Energieeinsparung in Gebäuden, Industrie und Energiewirtschaft und die Förderung der erneuerbaren Energien.

Sicher, es gab neben der Atomfrage weitere Konflikte, etwa in Sachen Verkehr, Landwirtschaft oder Ökosteuern, aber die 1990 ausgesprochenen Empfehlungen waren doch eindeutig und einvernehmlich: Reduzierung des CO_2-Ausstoßes um 25% bis 2005, um mindestens 40% bis 2020 und um mindestens 80% bis 2050. Der Bundestag übernahm die Empfehlungen. Die Regierung Kohl mit ihrem Umweltminister Töpfer setzte sie in einen Kabinettsbeschluss um. Nach Papierform konnte sich die Bundesregierung also 1990 in der Rolle der Klimaschutz-Vorreiterin wähnen, wenngleich der deutsche Pro-Kopf-Ausstoß mit über 10 Tonnen pro Jahr in Europa mit am höchsten war und den entsprechenden Wert von Staaten wie China (2t) oder Indien (1t) um den Faktor fünf bis zehn übertraf.

1992: Die Rio-Konferenz und die Klimarahmenkonvention

Wegen ihrer nationalen Glaubwürdigkeit auf dem Papier konnte die Bundesregierung auch international reüssieren: Auf der großen Rio-Konferenz 1992 spielte Klaus Töpfer eine wichtige Rolle als Antreiber. Verabschiedet und zur Zeichnung ausgelegt wurde unter anderem eine Klimarahmenkonvention[4], deren Ziel (Artikel 2) an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrigließ: Es gehe darum, „gefährliche menschgemachte Eingriffe in das Klimasystem zu verhindern". Die Staaten trügen für die Erreichung dieses Ziels eine „gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortung", womit vor allem gemeint war, dass die Industriestaaten mit ihren hohen Emissionen in Gegenwart und Vergangenheit eine doppelte Verantwortung trügen: Daheim die Hausaufgaben erledigen und die klimaschädigenden Emissionen drastisch absenken und zugleich den Entwicklungsländern durch Finanz- und Technologietransfers sowie Waldschutz dabei helfen, ihre Entwicklung möglichst CO_2-arm vorantreiben zu können.

Nach Inkrafttreten der Konvention 1994 fand die erste Vertragsstaatenkonferenz (COP1) der Klimarahmenkonvention Ende 1995 in Berlin statt. Die Bundesregierung wollte unbedingt erreichen, dass die COP1 zum Erfolg wird und dort ein „Berliner Protokoll" mit anspruchsvollen Klimaschutzzielen verabschiedet wird. Kanzler Kohl hielt eine fast schon „grüne" Rede, Umweltministerin Angela Merkel sprach in für sie ungewöhnlich hoher Tonlage von der Verantwortung für zukünftige Generationen, und dennoch reichte es am Ende der Konferenz nur zu einem „Berliner Mandat", das vorsah, bis zur COP3 1997 im japanischen Kioto ein Protokoll zu erarbeiten.

Die Ursachen für das schleppende Vorankommen der internationalen Klimapolitik waren vielfältig und hatten einiges damit zu tun, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion und das Ende

der Systemkonkurrenz zwischen West und Ost ab 1990 zur weltweiten Durchsetzung der neoliberalen Wirtschaftsideologie führten, für die Handelsliberalisierung, Wettbewerbsorientierung, Deregulierung und Wachstumsförderung Zentralthemen waren (und sind), während internationale Umwelt- oder Sozialabkommen zunehmend in den Ruch wachstumsfeindlicher Fesseln gerieten, die man sich in Zeiten eines zunehmenden globalen Hyperwettbewerbs besser nicht anlege.

1995 war die atmosphärische CO_2-Konzentration auf 360 ppm gestiegen, 2000 lag sie bei 370 ppm. Die einzig wirklich durchschlagende Klimaschutzmaßnahme der 90er Jahre im Weltmaßstab war realistisch betrachtet der ökonomische Kollaps der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten.

Die späten 1990er Jahre: Das Kioto-Protokoll und Rot-Grün in Deutschland

Um die Jahrtausendwende gab es in Sachen Klimapolitik national wie international durchaus Signale der Hoffnung. 1997 wurde das Kioto-Protokoll verabschiedet, wenn auch mit äußerst moderaten Zielen für die Industrieländer, hohen Hürden für sein Inkrafttreten, Schlupflöchern aller Art und ohne konkrete Vorgaben für die Entwicklungsländer.

1998 ergab die Bundestagswahl im klimapolitischen „Vorreiterstaat" Deutschland eine rotgrüne Mehrheit, die sich neben gesellschaftspolitischen Reformen und dem Atomausstieg wichtige Klimaschutzmaßnahmen auf die Fahnen geschrieben hatte, etwa die ökologische Steuerreform oder den starken Ausbau der erneuerbaren Energien, später auch den Emissionshandel und die Hochwasservorsorge.

Im Falle des Erneuerbare Energien-Gesetzes (EEG) widerstand Rot-Grün den Attacken der Gegner wirksamen Klimaschutzes, erst recht nach der Bundestagswahl 2002. Die wurde von Rot-Grün noch einmal knapp gewonnen, nicht zuletzt wegen der „Elbeflut" im Sommer des Jahres, die von vielen Bundesbürgern als Menetekel für einen heraufziehenden Klimawandel gedeutet wurde. Mit EEG und Ökosteuer hatte Rot-Grün immerhin Anfänge zu dessen Bekämpfung vorzuweisen, während Unionskandidat Stoiber hier gänzlich nackt war. In seinem Schattenkabinett fand sich nicht einmal ein Kandidat für das Amt des Umweltministers.

Als das EEG in Kraft trat, lag der Anteil der erneuerbaren Energie an der deutschen Stromerzeugung bei gut 5 Prozent, heute liegt er bei fast 40 Prozent. Selten ist ein Gesetz bezüglich der Erreichung seiner Ziele so wirksam gewesen wie dieses, auch wenn es hier und da vielleicht tatsächlich zu Überförderungen und Mitnahmeeffekten gekommen ist.

Im Falle der Ökosteuer hielt die rot-grüne Regierung aber nicht stand und fiel stattdessen um. Der selbsternannte „Autokanzler" Gerhard Schröder erklärte kategorisch, mit ihm werde es keine weiteren Ökosteuerschritte mehr geben.

Für falsches Nachgeben gegenüber Lobbyinteressen waren das Kanzleramt und das Bundeswirtschaftsministerium unter Wolfgang Clement jedoch stets empfänglich. War es beim Beenden der Ökosteuer vor allem die Auto- und Autofahrer-Lobby gewesen, die Gehör fand, richtete man sich bei der Umsetzung des europäischen Emissionshandelssystems insbesondere an den Interessen von Energiewirtschaft und energieintensiver Industrie aus, die gemeinsam schwerstes Geschütz auffuhren: Wenn der Emissionshandel so komme, wie Brüssel ihn beabsichtige, drohe der Exodus der Industrie aus dem Industrieland Deutschland. So wurde der europäische Emissionshandel letztlich durch Sonderregelungen aller Art derart geschwächt, dass er seine Wirkung nur zu einem kleinen Teil entfalten konnte.

2005 endete Rot-Grün im Bund. Erste Anfänge in der Klimapolitik, vor allen in den Bereichen Erneuerbare Energien, Ökosteuern und Emissionshandel, waren gemacht worden. Von einer durchgehenden Kohärenz der deutschen Klimapolitik unter Rot-Grün kann jedoch nicht gesprochen werden. Zu sehr wurde auf Lobbyinteressen und auch auf populistische Kampagnen Rücksicht genommen. Immerhin sanken die deutschen CO_2-Emissionen im Zeitraum von 1998 bis 2005 von knapp 1,1 Mrd. t auf leicht unter 1 Mrd. t.[5]

Die frühen 2000er Jahre: Die aufziehende Krise des Multilateralismus

Im internationalen Maßstab war das erste Jahrfünft im neuen Jahrtausend kein gutes für den Klimaschutz. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA änderte sich die Agenda der internationalen Tagesordnung völlig. Der „Krieg gegen den Terror" wurde für die USA und andere Staaten zum alles überlagernden Thema der internationalen Politik. Die Regierung Bush vollzog nun auch den offenen Bruch mit den ohnehin sehr moderaten Zielen des Kioto-Protokolls. Begründung: Es könne nicht sein, dass der Hauptkonkurrent der USA auf den Weltmärkten, die Volksrepublik China, keinerlei Minderungspflichten unterliege und sich so illegitime Wettbewerbsvorteile verschaffe. Explizit schlossen sich dieser Absage an den Multilateralismus zwar nur wenige Staaten an, aber doch schwand das Momentum aus dem Kioto-Prozess spürbar. Zwar trat das Kioto-Protokoll durch die Ratifizierung Russlands im Februar 2005 noch in Kraft, aber der Keim seines Scheiterns war nun gesät. Es dauerte nur noch vier Jahre, bis der sogenannte Kioto-Prozess auf der COP 15 2009 in Kopenhagen endgültig kollabierte. Die Finanzkrise hatte dem ungeliebten Abkommen den Rest gegeben.

Derweil stiegen die globalen CO_2-Emissionen und die atmosphärischen CO_2-Konzentrationen ungebremst weiter. 2005 lagen die globalen Emissionen bei über 27 Mrd. t/a, die CO_2-Konzentration war auf 380 ppm gestiegen.

Klimakanzlerin Merkel?

Seit 2005 ist Angela Merkel, die selbst einmal Umweltministerin war, Bundeskanzlerin. So wie Helmut Kohl sich gern „Kanzler der Einheit" nennen ließ und Gerhard Schröder unwidersprochen als „Autokanzler" firmierte, schien und scheint es Angela Merkel zu gefallen, von ihren Anhängern als „Klimakanzlerin" bezeichnet zu werden. Als ikonographisch für diese von den meisten Medien kultivierte Sichtweise kann sicher das Werbefoto von ihr und Umweltminister Sigmar Gabriel aus dem Jahr 2007 gelten, auf dem beide mit roten Anoraks vor einem grönländischen Gletscher posieren.

So sehr man der Naturwissenschaftlerin Angela Merkel abnehmen möchte, dass ihr persönlich die Bekämpfung des menschgemachten Klimawandels ein Anliegen ist, so ernüchternd fällt doch die Bilanz von 14 Jahren Merkel´scher Klimapolitik aus: Ihre Politik blieb stets halbherzig und zeigte sich gegenüber Lobbyinteressen noch offener als die ihres Vorgängers Schröder, vor allem nach der Finanzkrise 2008. Dem mächtigen Wirtschaftsflügel der Union, der jede Klimaschutzmaßnahme aktiv bekämpfte und den Ausbau der erneuerbaren Energien immer wieder zu deckeln versuchte, trat sie zu keinem Zeitpunkt entschieden entgegen. Das Ergebnis, gemessen in realen Zahlen, ist sehr schlecht: Zwischen 2005 und 2018 sind die deutschen Treibhausgasemissionen nur sehr unwesentlich gesunken, um etwas mehr als 10 Prozent, der Löwenanteil dieses Rückgangs fand zwischen 2005 und 2010 statt. Man kann es nicht anders sagen: Angesichts der Rhetorik der Kanzlerin ist das ein Armutszeugnis.

Mit einer derartig schlechten Performance zuhause konnte und kann Deutschland auf dem internationalen Parkett auch nicht mehr wirklich glaubwürdig als Klimaschutz-Vorreiter auftreten. Sicher, wegen der Tatsache, dass manche Industriestaaten noch weniger erreicht haben, gelingt es der Kanzlerin immer noch, den Vereinten Nationen ihre Politik als relativ ambitioniert zu präsentieren. Aber schon auf dem Pariser Klimagipfel 2015 wurde deutlich, dass andere Länder klimapolitisch entschiedener vorangehen und glaubwürdiger agieren.

2015 waren die globalen CO_2-Emissionen auf 32,3 Mrd. t/a gestiegen, die atmosphärische CO_2-Konzentration knackte die 400 ppm-Marke. China, dessen CO_2-Emissionen pro Kopf 1990 noch bei 2 t/a gelegen hatten, wies nun einen Ausstoß von 7,5 t pro Kopf und Jahr auf. Seit 2000 sind Chinas Emissionen förmlich explodiert, 2005 löste das Land die USA als Klimasünder Nr. 1 ab und stößt heute 30% der globalen CO_2-Emissionen aus (USA: 15%).[6] Dem Argument der verschiedenen US-Regierungen und vor allem des US-Kongresses, die „Kioto-Architektur" der internationalen Klimapolitik verlange China praktisch nichts ab, konnte spätestens seit dem Drama von

Kopenhagen eine hohe Plausibilität nicht mehr abgesprochen werden.

Seit 2010 herrschte deshalb in vielen Staaten der Welt auch ein klimapolitischer Attentismus, nicht zuletzt in Deutschland. Seit 2010 ist es dort nicht mehr zu relevanten Absenkungen des Emissionsniveaus gekommen.

2015: Das Pariser Abkommen als „historischer Durchbruch"?

Dass es 2015 auf dem Pariser Klimagipfel (COP 21) dennoch zu einem vielgefeierten „historischen Durchbruch" auf dem Papier kam, hatte vielfältige Ursachen, vom Fleiß der im Hintergrund kontinuierlich arbeitenden Klimadiplomaten über den weltweiten Aufstieg der erneuerbaren Energien bis zur Zunahme an Wetterextremen und Klimaschäden. Zustimmungsfähig wurde das Pariser Abkommen aber für viele Statten erst dadurch, dass der Ansatz des Kioto-Protokolls (zentrale Festlegung von – sehr moderaten – Emissionsminderungszielen für die Industrieländer bei Verzicht auf konkrete Ziele für die Entwicklungs- und Schwellenländer) durch einen eher freiwilligen Ansatz ersetzt wurde: Jedes Land bestimmt selbst, welches Emissionsminderungsziel es sich setzt. In der Summe wird dann regelmäßig geschaut, ob sich die Staatengemeinschaft insgesamt dem Ziel des Pariser Abkommens nähert, nämlich der Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf deutlich unter 2, besser 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau.

In der Atmosphäre niedergeschlagen haben sich diese Beschlüsse bislang nicht, eher im Gegenteil: 2018 stiegen die globalen CO_2-Emissionen auf den neuen Rekordwert von 37,1 Mrd. t/a, dem mehr als Sechsfachen des Niveaus von 1950. Die atmosphärische CO_2-Konzentration stieg im gleichen Jahr auf über 407ppm und wird die 410 ppm-Schwelle aller Voraussicht nach 2020 erreichen oder überschreiten. Der globale Temperaturanstieg gegenüber dem vorindustriellen Niveau liegt laut IPCC heute bereits bei etwa einem Grad Celsius.

Summiert man die nationalen Klimaschutzanstrengungen der Staaten auf, wie es das Pariser Abkommen verlangt, befindet sich die Menschheit nicht innerhalb des 1,5- oder auch nur 2 Grad-Korridors, sondern steuert auf eine um 3 bis 4 Grad erwärmte Welt zu.[7] Sollte es zum Überschreiten von klimarelevanten Kippunkten und Schwellenwerten kommen, so ist nach Ansicht von Klimaforschern beim gegenwärtig niedrigen Ambitionsniveau der Klimapolitik auch ein eskalierender Klimawandel nicht ausgeschlossen. Man muss kein Pessimist sein, um die Option „Selbstverbrennung" (Hans-Joachim Schellnhuber) für möglich zu halten, wenn nicht entschiedener gegengesteuert wird.

2018: Fridays for Future und das neue Momentum der Klimapolitik

Durch die beiden extrem heißen Sommer von 2018 und 2019 und die enorme mediale Resonanz der „Fridays for Future"-Bewegung der Schülerinnen und Schüler um Greta Thunberg hat die Klimapolitik als Thema nun seit gut einem Jahr wieder erheblich an Bedeutung gewonnen. Unter dem Slogan „Follow the Science" wird im besten aufklärerischen Sinne radikal kritisiert, was die nationale und internationale Politik in Sachen Klima bis heute geleistet hat: von Papier und Rhetorik her zwar einiges, von den Ergebnissen her aber so gut wie nichts. Zwar ließe sich aus kritischer Perspektive durchaus fragen, ob eine solche Wissenschaftsgläubigkeit gesellschaftspolitisch nicht doch ein wenig blauäugig ist, aber gerade die Mischung aus wissenschaftlicher Fundierung (IPCC), ethischen Prinzipien (Klimagerechtigkeit), Generationenfragen („It's our future") und der Betonung von politischem und individuellem Handlungsdruck („Act now!") macht die Bewegung so überzeugend und für viele so ungemein attraktiv.

Die Frage, die sich nun stellt, ist vor allem diese: Wie kann sichergestellt werden, dass das große Momentum, das „Fridays for Future" in Sachen Klimaschutz und Ökologie geschaffen hat, nicht wieder folgenlos verpufft? Schließlich war die Euphorie schon des Öfteren sehr groß, etwa nach Rio (1992), Kioto (1997) oder Paris (2015). Und schließlich hatten schon andere Großereignisse und -tendenzen es vermocht, die aufkeimende Klimapolitik von der Tagesordnung zu drängen, das Ende der bipolaren Welt (1989/90), die Durchsetzung der neoliberalen Freihandels- und Deregulierungs-

ideologie (seit den frühen 90ern), der „Kampf gegen den Terror“ (ab 2001), die Finanzkrise (ab 2008) oder die Migrationsfrage (ab 2015). Wie könnte es gelingen, dass das diesmal nicht passiert?

Wie es nicht geht, hat gerade die Bundesregierung mit ihrem sogenannten Klimapaket von Ende September gezeigt.[8] Man gibt vor, aus Hitzewellen und Schülerprotesten gelernt zu haben, und umschmeichelt die neue Klimabewegung, legt dann aber ein minimalistisches Klimaprogramm vor, das nach Ansicht praktisch aller Experten ganz sicher nicht auf den Pariser Zielerreichungspfad führen wird, sondern ins Nirgendwo. Diese Mischung aus großer Rhetorik und Trippelschritten ist endgültig an ihr Ende gekommen. Viele Menschen wissen mittlerweile einfach zu viel über das Klimaproblem, als dass sie sich mit solch dünner Suppe abspeisen ließen.

Die Begründung der großen Koalition, man wolle „den Menschen“ nicht zu viel abverlangen, sie „mitnehmen“ und sie – das bleibt meist unausgesprochen, schwingt aber stets mit – nicht in die Arme von Rechtspopulisten oder „Gelbwesten“ treiben, ist nicht stimmig, wenn man gleichzeitig die Pariser Klimaziele unterstützt.

Man muss ja nicht gleich in eine „Blut, Schweiß und Tränen“-Rhetorik á la Churchill verfallen, obwohl das von der Größe der Klimaherausforderung her durchaus geboten wäre, aber selbst die kleinste Zumutung beim Benzinpreis noch mit Kompensationsmaßnahmen wie der Erhöhung der Pendlerpauschale abzufedern, ist unverantwortlich. In der Gesellschaft größtmögliche Gerechtigkeit herzustellen, ist eine sehr wichtige Aufgabe der Politik. Die allgemeine Steuer-, Sozial-, Familien- oder Infrastrukturpolitik bieten vielfältigste Möglichkeiten, dieses Ziel zu verfolgen. Ausgerechnet beim Klimaschutz zu bremsen, um vermeintliche Gerechtigkeit herzustellen, ist jedoch eher eine faule Ausrede.

Was zu beachten ist

Ich will zum Ende meines Beitrages einige Hinweise geben, von denen ich glaube, dass sie dazu beitragen können, der Klimapolitik den Stellenwert zu verschaffen, der ihr gebührt und der notwendig ist, um die Folgen der Erderwärmung in Grenzen zu halten, soweit das noch in unserer Hand liegt:

(1) Es wird in Zukunft sehr darauf ankommen, wie über die Erderwärmung und ihre Folgen gesprochen wird, neudeutsch: wie die Debatte „gerahmt“ wird. Der kleinteilige und konfliktscheue Inkrementalismus, wie ihn die Bundesregierung in ihrem Klimapaket jetzt erneut praktiziert, kommt gern in der Sprache der Vernunft und des Pragmatismus daher und reklamiert für sich Realitätssinn und Machbarkeit. Klimapolitische Vorschläge, die auf der Höhe der Herausforderung liegen und sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützen, etwa ein schnellerer Kohleausstieg, das Ende der Massentierhaltung, eine angemessen hohe CO_2-Bepreisung oder ein Stopp für den Bau neuer Autobahnen, werden dagegen oft als ideologisch, radikal oder gar fundamentalistisch abgetan. Dabei ist es heute genau andersherum: Wer im Wesentlichen für ein „Weiter wie bisher“ mit nur kosmetischen Korrekturen hier und da plädiert, ist weder Realist noch Pragmatiker, sondern Status quo-Ideologe und radikaler Zukunftsverweigerer. Greta Thunbergs Adresse an die Politik, „I want you to panic“, kann natürlich nicht als generelle Handlungsanleitung für eine sozial-ökologische Transformation dienen, weil Panik und Kopflosigkeit oft dicht beieinander liegen. Aber sie ist realistischer als die trügerische Botschaft, alles könne im Prinzip so langsam und schmerzfrei vonstattengehen wie bisher. Nein, das kann es nicht. Wir werden den Umbau spüren. Wir sollten uns (als Einzelne wie als Gesellschaft) nichts vormachen und auch nichts vormachen lassen.

(2) Eine gesellschaftliche Mehrheit teilt die Einschätzung, dass der Klimawandel ein großes Problem ist und konsequent angegangen werden muss. Das zeigen Umfragen immer wieder deutlich, zuletzt bei der sehr kritischen Beurteilung des Klimapakets durch die deutsche Öffentlichkeit. Zugleich gibt es jedoch Widersprüche, etwa wenn Maßnahmen wie die Ökosteuer, die Zurückdrängung des Autos in unseren Städten oder der Fleischverzicht von vielen abgelehnt werden. Dieses Span-

nungsfeld ist nicht einseitig aufzulösen, sondern auszuhalten und politisch zu bearbeiten. Die sozial-ökologische Transformation ist nämlich weder ein Spaziergang noch ein Bußgang. Wer permanent darüber spricht, dass Klimaschutz ein starker Motor für grünes Wachstum, grüne Profite, grüne Technologien und grüne Märkte ist, der macht die Herausforderung kleiner als sie in Wahrheit ist, denn die Wachstumsfixierung selbst ist Teil des Problems. Wer Klimaschutz hingegen nur als große Verzichtsleistung kommuniziert, die keinen Stein auf dem anderen lassen wird, der wird außer bei 150%ig Überzeugten keine Handlungsenergie erzeugen . Es ist sehr wichtig, „realistisch" über Klimaschutz zu reden, denn er ist mehreres gleichzeitig: Herausforderung, Chance, aber auch Veränderungsimperativ. Er spricht unsere Verantwortungsbereitschaft, unsere Kreativität und unsere Einsichtsfähigkeit gleichermaßen an. Für die Politik heißt das, dass sie auch unbequemen Entscheidungen nicht aus dem Weg gehen darf.

(3) Bei der konkreten Ausgestaltung der Klimapolitik schwingt implizit oder explizit immer die Frage mit, in welchem Verhältnis dabei technisch-ökonomische, sozio-kulturelle und ethisch-moralische Kategorien stehen. Sie ist nicht leicht zu beantworten und hängt natürlich vom Kontext ab, in dem Menschen agieren: Eine Ingenieurin für Energietechnik wird die Frage in concreto anders beantworten als ein Philosophielehrer, ein Betriebswirt anders als eine Theaterschauspielerin. Aber Einvernehmen sollte in einer Gesellschaft darüber bestehen, dass jede und jeder einen wichtigen Beitrag zum Gelingen des Gesamtprojektes leisten kann, für das man sich als Gesellschaft politisch entschieden hat. Und vielleicht sollte auch Einvernehmen darüber hergestellt werden können, dass es zwar nicht zu einer „Moralisierung" der Klimapolitik kommen sollte, ethisch-moralische Maßstäbe in der Klimapolitik aber unverzichtbar sind: Wie sonst sollte man Prinzipien wie die intergenerative Gerechtigkeit, die Nord-Süd-Solidarität oder die Eigenrechte der Natur begründen? Einseitigkeit ist immer fragwürdig. Das gilt im Übrigen auch für den Versuch der Standardökonomik, die gesamte Klimapolitik über CO_2-Bepreisung zu regeln. So wichtig es ist, der Externalisierung von Klimaschäden ein Ende zu bereiten und „ökologisch wahre" Preise anzustreben, so falsch wäre es, alles über diesen Leisten schlagen zu wollen. In manchen Fällen sind Verbote sinnvoller, denn sie haben oft auch etwas Entlastendes, in anderen Fällen führt eine verbesserte Bildung oder die Stärkung intrinsischer Motive weiter als das bloße Setzen auf ein monetäres Reiz-Reaktions-Schema.

(4) Stellt man die Ergebnisse der bisherigen Klimapolitik, ständiger und starker Anstieg von CO_2-Emissionen und -Konzentrationen trotz permanent gestiegenen Wissens um das Problem und unzähligen UN-Konferenzen, in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Debatte, kann daraus kaum positive Handlungsenergie gezogen werden. Man könnte die Geschichte der Klimapolitik der vergangenen drei Dekaden sogar als Geschichte der Vergeblichkeit schreiben. Das Umschlagen von weitgehender Ignoranz gegenüber dem Klimaproblem („Andere Probleme sind wichtiger. Uns wird zu gegebener Zeit schon eine technische Lösung einfallen."), das in weiten Teilen der Gesellschaft lange vorherrschte, in ein Gefühl von bequemer Ohnmacht („Man kann sowieso nichts mehr machen.") muss heute als reale Gefahr gesehen werden. Um dieser Gefahr zu begegnen, ist ein Sprechen über die Klimaherausforderung im Modus der Zuversicht sehr wichtig. Vor allem zwei Argumente sind dabei von Bedeutung Erstens, wir haben die kognitiven, sozialen und technisch-ökonomischen Fähigkeiten und können das Problem wirksam angehen, wenn wir denn wollen. Und zweitens, es besteht ein gewaltiger Unterschied zwischen einer leicht und einer stark erwärmten Welt. Der Kampf dafür, letztere für unsere Kinder und Kindeskinder zu verhindern, ist aller Mühen wert.

(5) Eine momentan sehr ungute Tendenz besteht darin, dass Populisten sich des Themas Klimawandel annehmen und es in Europa, den USA oder Brasilien mehr oder weniger geschickt in ihre Angst-Agenda (Migration, „Überfremdung", „Globalismus") einbauen.

Wie kann eine klimabewusste Öffentlichkeit mit dieser Herausforderung umgehen? Was das Thema „Leugnung des menschgemachten Klimawandels" angeht, so dürfte das der einfachere Teil der Antwort sein: Ständige Konfrontation mit dem Stand der Wissenschaft. Auch lässt sich die Abschottungsphilosophie der Rechtspopulisten leicht als ungeeignet für die Bearbeitung internationaler oder globaler Probleme entlarven. Schwieriger ist es, auf die allgemeine Angst mancher Menschen vor schnellen Veränderungsprozessen adäquat zu antworten, denn die Bekämpfung der Erderwärmung erfordert ja objektiv schnelle und grundlegende Veränderungen, ob in der Energieerzeugung, im Verkehr oder in der Ernährung. Diese Ängste, die auf dem Land oder in alten Industrieregionen stärker ausgeprägt sind als in den „angesagten" Städten mit ihren überwiegend urban und akademisch geprägten Bevölkerungen, gilt es zunächst einmal schlicht anzuerkennen. Es wäre fatal, wenn Klimaschutz dauerhaft als eine Sache wahrgenommen würde, die sich nur eine wohlhabende und urbane „Öko-Bourgeoisie" leisten kann, während der einkommensschwache Teil der Bevölkerung und die Landbevölkerung an ihm leiden muss. Die nachhaltigkeitsorientierte und möglichst beschäftigungsintensive Transformation von Industrieregionen und die Entwicklung von spezifischen Nachhaltigkeitsstrategien in den Bereichen Verkehr, Energieerzeugung, Landwirtschaft und gewerbliche Wertschöpfung für ländliche Regionen gehören deshalb unabdingbar ins Pflichtenheft jedweder Klimapolitik.

(6) Je fester Klimaschutz in allen Sphären der Gesellschaft verankert ist, von Kindergärten über Schulen bis zu Hochschulen, von Betrieben über Verwaltungen bis zu Gewerkschaften, desto geringer wird die Wahrscheinlichkeit, dass andere Krisen das Thema wieder von der Tagesordnung fegen, wie es in der Vergangenheit schon so oft geschehen ist. Sollte es dennoch solche Krisen geben, was absehbar ist, dann ist ein fest verwurzelter Klimaschutz vielleicht sogar das beste Medikament, um ihnen zu begegnen oder ihre Folgen zu begrenzen. Nehmen wir eine mögliche Finanzkrise: Ein Teil der Antwort, um eine solche einzuhegen, läge sicher in dem, was heute unter „Sustainable Finance" diskutiert wird. Oder nehmen wir die deutsche Infrastrukturkrise, also den vielerorts maroden Zustand unserer Infrastrukturen für Energie, Verkehr, Wasser oder Stoffströme. Bei diesen nicht mehr auf Expansion, sondern auf klimaschutzorientierten Umbau zu setzen, könnte sogar vorübergehend eine gigantische Investitionswelle auslösen. Selbst auf eine drohende neue Migrationskrise wären Klimaschutz und nachhaltigkeitsorientierte Entwicklungszusammenarbeit zumindest eine Teilantwort: Wer durch den Klimawandel nicht mehr bedroht wird und vor Ort lebenswerte Alternativen findet, der wird vielleicht gar nicht mehr aufbrechen.

Kurz: Dafür, dass die Klimapolitik in Deutschland, Europa und weiten Teilen der Welt diesmal einen Weg einschlägt, der wirklich der Zukunft zugewandt ist, sind die Ausgangsbedingungen durch den gesellschaftlichen Wertewandel wahrscheinlich so gut wie noch nie während der letzten dreißig Jahre. Ob das allerdings tatsächlich geschieht, hängt nicht zuletzt von der Frage ab, ob die politisch Verantwortlichen den großen Wurf wirklich wagen und dafür auch etwas riskieren. „Business as Usual" ist keine Option mehr. Oder, um es in den Worten von „Fridays for Future" zu sagen: „There is no Planet B"

Anmerkungen

1 Pfister, Christian (Hg.), Das 1950er Syndrom. Der Weg in die Konsumgesellschaft. Verlag Paul Haupt, Bern 1995

2 Die Zahlen zu den globalen CO_2-Emissionen zwischen 1950 und 2015 stammen vom US-amerikanischen Department of Energy (DoE), dem World Resources Institute (WRI) und der Internationalen Energieagentur (IEA), aufbereitet von Volker Quaschning (https://www.volker-quaschning.de/datserv/CO_2/index.php). Die Zahlen für 2018 stammen vom Global Car-

bon Project. Hier finden sich auch vielfältigste Informationen zur Kohlenstoffbilanzierung: https://www.globalcarbonproject.org/

3 Siehe https://www.de-ipcc.de

4 Siehe: https://unfccc.int

5 Siehe https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland

6 Daten zu China: https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_gr%C3%B6%C3%9Bten_Kohlenstoffdioxidemittenten

7 Siehe https://climateactiontracker.org/

8 Siehe https://www.bmu.de/pressemitteilung/schulze-beschluesse-des-klimakabinetts-markieren-neuanfang-fuer-deutsche-klimapolitik/